

## **EU unterstützt mit Milliardenbeihilfen den Klimaschutz in Deutschland!**

Die EU fördert Umweltschutz mit neuen Beihilfemaßnahmen zur Dekarbonisierung der Industrie. Aktuelle Richtlinien und finanzielle Unterstützung stehen im Fokus.

**Deutschland** - Die Europäische Kommission hat die neue Ausgabe des staatlichen Beihilfeanzeigers veröffentlicht, die einen umfassenden Überblick über die staatlichen Beihilfemaßnahmen in der EU im Jahr 2023 bietet. Laut **ÖkoNews** verdienen in diesem Jahr Umweltschutz und Energieeinsparungen den größten Rückhalt bei den Mitgliedstaaten. Exekutiv-Vizepräsidentin Teresa Ribera betonte die positiven Auswirkungen dieser Beihilfen auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen sowie den notwendigen Übergang zu einer Netto-Null-Wirtschaft.

Die EU reagiert mit ihrer Beihilfepolitik auf die drängenden Herausforderungen des Klimawandels und der Energieversorgung. Die aktuellen Daten zeigen deutlich, dass die Vorschriften zum staatlichen Beihilfen einen entscheidenden Beitrag zur Förderung von umweltschonenden Initiativen leisten.

### **Neuer 5-Milliarden-Euro-Plan für deutsche Industrie**

In diesem Kontext hat die Europäische Kommission eine Regelung in Deutschland genehmigt, die eine Unterstützung von 5 Milliarden Euro für Unternehmen im EU-Emissionshandelssystem (EU-EHS) vorsieht. Diese Regelung zielt

darauf ab, die Dekarbonisierung der Produktionsprozesse in der Industrie zu fördern, so **EU-Vertretung in Deutschland**. Mit dieser Maßnahme möchte Deutschland seine Energie- und Klimaziele erreichen und gleichzeitig ehrgeizige Projekte zur Verringerung der Treibhausgasemissionen anstoßen.

Die geförderten Vorhaben werden eine breite Palette abdecken, darunter die Umstellung von Brennstoffen in der Zement- und Kalkindustrie sowie die Elektrifizierung und wasserstoffbasierte Produktion im verarbeitenden Gewerbe. Beihilfeempfänger müssen eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 60% innerhalb von drei Jahren und 90% bis zum Ende des geförderten Vorhabens nachweisen. Die Auswahl der Projekte erfolgt über eine wettbewerbliche Ausschreibung, die auf dem niedrigsten beantragten Beihilfebetrug je Tonne vermiedener CO<sub>2</sub>-Emissionen basiert.

## **Vereinbarkeit mit den EU-Vorschriften**

Gemäß den **2022-Leitlinien** für staatliche Beihilfen sind diese Maßnahmen mit den EU-Vorschriften vereinbar, da sie die Wirtschaftstätigkeit fördern und Anreize für umweltschonende Praktiken schaffen. Die Europäische Kommission prüfte die Regelung und bestätigte ihre Notwendigkeit zur Förderung der Dekarbonisierung, während die Maßnahme nur begrenzte Auswirkungen auf den Wettbewerb und den Handel innerhalb der EU hat.

Die neuen Leitlinien ersetzen ältere Regelungen und sind eng an die Ziele des europäischen Grünen Deals angepasst, die auf eine nachhaltige und klimaschonende Wirtschaft abzielen.

Mitgliedstaaten sind verpflichtet, bestehende Regelungen bis zum 31. Dezember 2023 anzupassen, um den aktuellen Anforderungen gerecht zu werden.

Diese neuesten Entwicklungen zeigen, wie wichtig staatliche Beihilfen sind, um den Klimaschutz voranzutreiben und die Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der EU zu sichern.

Details	
<b>Ort</b>	Deutschland
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www2.oekonews.at">www2.oekonews.at</a></li><li>• <a href="http://germany.representation.ec.europa.eu">germany.representation.ec.europa.eu</a></li><li>• <a href="http://eur-lex.europa.eu">eur-lex.europa.eu</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**